

Presseinformation

10. Dezember 2012

Länderübergreifender Widerstand gegen die Eifel-Autobahn A 1

BUND und Bürgerinitiativen aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz rufen zu Einwendungen gegen Planfeststellungsabschnitt Blankenheim-Lommersdorf auf. Eingaben bei der Bezirksregierung Köln sind noch bis 18.12. möglich.

Der Konflikt um den Weiterbau der Eifelautobahn A1 geht in die nächste Runde. Trotz erheblicher naturschutzfachlicher und verkehrspolitischer Bedenken von Umweltverbänden und Betroffenen sind auf Druck der SPD-geführten Landesregierungen in Mainz und Düsseldorf die Planfeststellungsunterlagen für einen weiteren Bauabschnitt, nämlich von Blankenheim nach Lommersdorf, offengelegt worden. Die Federführung liegt beim Land NRW, es können jedoch alle Bürgerinnen und Bürger oder Verbände Einwendungen einbringen, und zwar noch bis zum 18.12.2012 bei der Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln.

Hierzu rufen zahlreiche Naturschutzverbände und Initiativen aus beiden Ländern auf. Vor einigen Wochen hatten sie bereits in Bad Neuenahr-Ahrweiler ihr Vorgehen für den Fall der Weiterplanung abgesprochen. Inzwischen sind detaillierte Einsprüche in Bearbeitung, und auch eine Mustereinwendung für autobahnkritische Bürger/innen wurde veröffentlicht. Sie kann z.B. unter ahrweiler.bund-rlp.de oder bund-nrw.de oder der örtlichen Bürgerinitiative heruntergeladen, individuell ergänzt oder verändert und unterzeichnet werden. Hierin sind die wichtigsten Kritikpunkte gegen den Weiterbau der A1 aufgeführt, z.B.:

- Die isolierte Planung des Teilstücks parallel zu dem gut ausgebauten Autobahnzubringer (L115) bringt verkehrstechnisch keine Entlastung für die Region. Stattdessen belastet der Autobahnbau die anliegenden Dörfer, insbesondere Dorsel, unzumutbar mit Lärm, Abgasen, Streusalz, Öl oder Oberflächenwasser. Eigentum wird entwertet.
- Zusätzlicher Auto- und Transitverkehr wird induziert, z.B. in der Verbandsgemeinde Adenau, weitere Straßenbauten (z.B. Umgehung Hillesheim) werden parallel vorangetrieben, Bus und Bahn geraten weiter ins Abseits durch die Förderung des PKW-Verkehrs.
- Die A1 wird die Region kaum vom Schwerlast-Verkehr entlasten, denn dieser wird weiterhin über die vorhandene A61 nach Rhein-Main und die B51/A60 nach Luxemburg/Saar/Frankreich fahren. Ein sog. „Lückenschluss“ im Bundesfernstraßennetz ist darum überflüssig. Zudem beruht die veraltete Planung auf überhöhten Verkehrsprognosen.

- Eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die gesamte Strecke liegt immer noch nicht vor. Eine umweltfreundliche Trassenführung wird durch den Teilabschnitt unmöglich gemacht. Die Überbauung der Landschaft mit Verkehrsflächen nimmt zu, die Schönheit der Eifel wird weiter zerstört, naturnaher Tourismus wird gefährdet, große zusammenhängende Wälder werden zerschnitten, Biotope vernichtet, der Artenschutz wird missachtet.
- Dutzende von Quellen und Quellbächen sind betroffen. Die Trinkwasserversorgung von rd. 35 000 Menschen aus der Nohner Kalkmulde ist durch einen etwaigen Chemie- oder Ölunfall ebenso gefährdet wie die gesamte Ahr bis zu ihrer Mündung.

BUND-Landesvorstandsmitglied **Egbert Bialk** (Koblenz) ist auf Grund der gut anlaufenden Mobilisierung überzeugt, dass hunderte an Einwendungen in Köln eingehen werden und das Projekt noch gestoppt wird: „Vielleicht müssen dann auch die Gerichte den Landespolitikern klarmachen, dass eine solche Planung sorgfältiger den Umwelt- und Naturschutz beachten muss.“ **Paul Kröfges**, Landesvorsitzender des BUND in NRW ruft dazu auf, im Widerstand gegen diesen verheerenden Eingriff nicht nachzulassen: „ Es droht die weitere Zerschneidung unserer Landschaft, der Verlust alter Waldbestände und der Lebensräume zahlreicher seltener Arten. Auf der anderen Seite schaffen wir es kaum noch, das bestehende Straßennetz in Ordnung zu halten, dies sollte Vorrang haben vor dem Bau immer neuer Trassen“. **Volker Hoffmann**, Sprecher der Blankenheimer „Bürgerinitiative gegen den Weiterbau der A1 e.V.“ weist ebenfalls auf die gut ausgebaute Verbindung über die B51 hin. „Es ist zu hoffen, dass die immensen Steuermittel nicht für solch schädliche und verkehrstechnisch überflüssige Großprojekte verschwendet werden und der Bundesverkehrswegeplan bald dem tatsächlichen Bedarf und den leeren öffentlichen Kassen angepasst wird“, so Hoffmann.

Für Rückfragen:

BUND Rheinland-Pfalz, Egbert Bialk, 0261-94249638

BUND Nordrhein-Westfalen, Paul Kröfges, 0173-2794489

Bürgerinitiative gegen den Weiterbau der A1 e.V., Volker Hoffmann, 02447-8285

Zu den Mustereinwendungen und weitere Informationen:

- <http://ahrweiler.bund-rlp.de/>
- <http://bund-nrw.de/>